



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Gerd Mannes**  
und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2023;**  
**hier: Umweltauswirkungen eines Embargos von russischem Gas ermitteln**  
**(Kap. 12 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushalts 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 04 wird ein neuer Tit. mit der Zweckbestimmung „Studie zu den Umweltauswirkungen eines Embargos von russischem Gas“ mit einem Ansatz in Höhe von 150,0 Tsd. Euro ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 12 04 Tit. 547 72 eingesparten Mitteln

### **Begründung:**

Aus Sicht eines ganzheitlichen Umwelt- und Verbraucherschutzes stellt der Import von Frackinggas nach Deutschland und Europa eine schwer nachvollziehbare Entwicklung dar. Beim Fracking werden unter hohem Druck Millionen von Liter mit Chemikalien versetztes Wasser in den Untergrund verpresst. Dieser Vorgang erzeugt Risse im Gestein, sodass darin eingeschlossene Kohlenwasserstoffe wie Erdöl und Erdgas herausgelöst und zu Tage gefördert werden können. Zu den direkten Auswirkungen des Frackings zählen neben unvorhersehbaren schädlichen Bodenveränderungen auch Erdbebengefahren, Grund- und Trinkwasserkontamination sowie erhebliche Methan- und Kohlenwasserstoffemissionen in die Erdatmosphäre. Weitere Umweltbelastungen erfolgen durch den Transport per LNG-Tankschiff (LNG = liquefied natural gas) über tausende Kilometer.

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland führt seit Monaten zu einer Unterversorgung der europäischen Staaten mit Erdgas und lässt die Energiepreise in der EU förmlich explodieren. Diese Verteuerung hat zu einem wachsenden Import von LNG aus den USA geführt, welches hauptsächlich durch Fracking gewonnen wird. Laut US-Präsident Joe Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll die Menge des gelieferten Flüssigerdgases langfristig auf 50 Mrd. Kubikmeter pro Jahr gesteigert werden. Aus diesem Grund ist eine umfassende Untersuchung der Umweltauswirkungen eines weiteren Embargos von russischem Gas unerlässlich.